

Staaten liefern sich einen immer gnadenloseren Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze für Unternehmen und reiche Privatanleger. Der Steuersenkungswettlauf hat durch die EU-Osterweiterung sogar noch neuen Schwung bekommen. Regierungen sehen sich zur steuerlichen Entlastung der Wirtschaft gezwungen aus Angst vor Abwanderung des Kapitals und dem Verlust ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit. Doch gibt es gute Gründe zu bezweifeln, dass niedrigere Unternehmenssteuern tatsächlich zu höherer Wettbewerbsfähigkeit, zu mehr Investitionen und Arbeitsplätzen führen, wie etwa das Beispiel Slowakei zeigt. Die negativen Auswirkungen des Steuerwettbewerbs sind jedoch real: eine Aushöhlung des Sozialstaats und die Verlagerung der Steuerlast vom Kapital zur Arbeit.

Noch wird der Steuerwettbewerb in der EU wie jeder Wettbewerb positiv gesehen, doch angesichts der Finanznöte der meisten Staaten werden Forderungen nach einer Harmonisierung lauter. Der Steuerwettbewerb wird ohnehin weniger um echte Investitionen, sondern vielmehr um die Unternehmensgewinne ausgetragen, die mit Hilfe buchhalterischer Tricks in Niedrigsteuerländer verschoben werden. Diese Gewinnverschiebung – und damit ein wesentliches Motiv für den Steuersenkungswettlauf – ließe sich jedoch durch geeignete Steuersysteme wie das Wohnsitzlandprinzip oder die Unitary Taxation unterbinden. Solche Schritte könnten Staaten ergreifen, ohne auf eine internationale Einigung warten zu müssen.